Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege



31.07.2009

Konsultation im Hinblick auf die mögliche Erklärung des Jahres 2012 zum Europäischen Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen

den Generationen

Eingereichte Beiträge werden zusammen mit Angaben zum Autor im Internet veröffentlicht, sofern der Autor keine Einwände gegen die Veröffentlichung seiner personenbezogenen Daten erhebt und gehend macht, dass dies seinen berechtigten Interessen zuwiderlaufen würde.

Fragebogen

Spezielle Datenschutzerklärung

Eingereichte Beiträge werden zusammen mit Angaben zum Autor im Internet veröffentlicht, sofern der Autor keine Einwände gegen die Veröffentlichung seiner personenbezogenen Daten erhebt und gehend macht, dass dies seinen berechtigten Interessen zuwiderlaufen würde. In diesem Fall kann der Beitrag anonym veröffentlicht werden. Andernfalls wird der Beitrag nicht veröffentlicht und im Prinzip hei den weiteren Arbeiten inhaltlich nicht berücksichtigt.

Soll dieser Beitrag anonym veröffentlicht werden? Nein

1. IDENTITÄT DES TEILNEHMERS

Geben Sie bitte nähere Einzelheiten zu Ihrer Identität und zu der Organisation an, in deren Namen Sie auf diese Konsultation antworten.

Name	Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V. BAGFW (AWO, DCV, Der Paritätische, DRK, DW der EKD, ZWST)

Organisation (einschl. einer Kurzbeschreibung ihres Auftrags und ihres Mitgliederkreises)	Die o. a. Verbände der Freien Wohlfahrtspflege sind föderal organisiert. Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege haben eine ehrenamtliche Leitungsstruktur, die sich auf allen Ebenen wiederholt. Die Mitgliedsorganisationen sind rechtlich selbständig. Sie - die Verbände - haben den Auftrag, im sozialen Bereich Leistungen zu erbringen, die aus Sicht des Gemeinwohls notwendig sind und durch die es sich gleichzeitig erübrigt, dass die öffentliche Hand hierzu tätig wird.
Kontakt (v. a. E-Mail-Adresse)	Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege <link>euvertretung@bag-wohlfahrt.de; <link>info@bag-wohlfahrt.de

2. Mit DER ALTERUNG DER BEVÖLKERUNG EINHERGEHENDE GEFAHREN UND CHANCEN IM HINBLICK AUF DIE SOLIDARITÄT ZWISCHEN DEN GENERATIONEN

Erklären Sie bitte kurz, wie Ihre Organisation vor dem Hintergrund einer immer schneller vorangehenden demografischen Alterung die Herausforderungen und Chancen im Hinblick auf die Solidarität zwischen den Generationen sieht.

Die Entwicklungen in den westlichen Gesellschaften müssen dazu führen,

dass Alter anders (differenziert) betrachtet wird und nicht als Automatismus mit Hilfe/Pflege-bedürftigkeit gleichgesetzt wird. Die Ressource Alter ist notwendig zur Bewältigung der Folgen der demografischen Entwicklung, sowohl für das Individuum i.S. von sozialer und gesundheitlicher Prävention als auch für das Gemeinwesen i.S. bürgerschaftlichen Engagements in unterschiedlicher Form. Die Stützung jüngerer Jahrgänge für die Entwicklung einer lohnenden Zukunftsperspektive ist wesentliche Aufgabe auch von älteren. Die Frage, ob es angesichts der demografischen Veränderungen gelingen wird, die Solidarität zwischen den Generationen zu erhalten oder gar zu stärken, hängt wesentlich davon ab, ob es uns einerseits gelingt, die drängenden und sich verschärfenden Fragen der Generationengerechtigkeit - auf der Basis eines breiten gesellschaftlichen Diskurses - politisch neu zu klären sowie Maßnahmen zu ergreifen, um die solidaritätsstiftenden Potentiale innerhalb der Familien zu unterstützen und den Aufbau von familienergänzenden Netzwerken zwischen den Generationen im sozialen Nahraum (zwischen Familien und Individuen) zu fördern.

Spätestens wenn die prognostizierte rückläufige Zahl Erwerbstätiger die Altersversorgung wie auch die Gesundheits- und Pflegeaufwendungen für die “geburtenstarken“ Jahrgänge schultern soll, wird sich angesichts des massiven Drucks auf die Steuer- und Sozialversicherungssysteme die Frage der Solidarität zwischen den Generationen neu stellen. Insbesondere die mittlere und junge Generation werden sich fragen, ob die Lasten zwischen den Generationen und die jeweiligen Partizipationsmöglichkeiten noch gerecht austariert sind. Es wird den

zukünftig erwerbstätigen Bürgern kaum zu vermitteln sein, warum sie kaum noch zu bewältigende Steuer- und Sozialversicherungsabgaben tätigen sollen, ohne dafür eine verlässliche Altersversorgung sowie eine Absicherung ihres eigenen Pflege- und Krankheitsrisikos erwarten zu dürfen.

Trotz der wachsenden Dringlichkeit, sich mit den Fragen struktureller “Generationenungerechtigkeit“ auseinanderzusetzen, herrscht in der politischen Diskussion große Zurückhaltung, diese Fragen aufzugreifen. Es wächst aber die Bereitschaft, sich mit den sozialen Auswirkungen und Fragen zu beschäftigen, die sich aus dem demografischen Wandel ergeben. Dies betrifft beispielsweise die Frage, wie sich das Zusammenleben und der Zusammenhalt der Generationen im beiderseitigen Interesse von Jung und Alt gestalten und wie sich Teilhabe von Jung und Alt besser miteinander vereinbaren lassen, oder wie die Ressourcen der größer werdenden Seniorengeneration für die Gesellschaft nutzbar gemacht werden können. Die Potenziale der Älteren sind für die Gesellschaft ein Gewinn, denn mit dem Altern steigen Lebenserfahrung und Vielfalt des Wissens. Vorstellungen, die das Alter vorrangig als Belastung sehen, steht das bereits von vielen Menschen verwirklichte Modell eines aktiven und engagierten Alters entgegen. Engagement braucht Partizipation und Partizipation schafft Engagement. Viele Ältere wünschen sich, in Planungs- und Entscheidungsprozesse einbezogen zu werden. Entscheidungsträger und Verantwortliche sind daher aufgefordert, insbesondere im kommunalen Lebensumfeld bessere Beteiligungsmöglichkeiten zu fördern und auszubauen, Hemmnisse zu überwinden und mit freiwillig engagierten Menschen partnerschaftlich

zusammenzuarbeiten. Ein aktivierender Staat und die Zivilgesellschaft tragen Sorge für verlässliche Rahmenbedingungen, die Mitgestalten und Mitentscheiden ermöglichen. Kommunen und Organisationen, die das Bürgerengagement fördern, gewinnen zusätzliche Handlungsspielräume. Aufgefordert sind alle Ebenen des Staates und der Gesellschaft (Bund, Länder und kommunale Spitzenorganisationen, Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Seniorenorganisationen) sich für ein neues Leitbild des aktiven Alters und für eine stärkere Beteiligung älterer Frauen und Männer einzusetzen. Diese praktischen Fragen der Gestaltung des Miteinanders der Generationen im sozialen Nahraum sind leichter zu thematisieren als die gesamtgesellschaftlichen Gerechtigkeitsfragen. Aber dies darf die Auseinandersetzung mit der Frage des Ausgleichs zwischen den Generationen nicht verdrängen. Die politische Neukonzeption der intergenerationellen Lastenverteilung ist genauso wichtig wie die Überprüfung der unterschiedlichen Belastungen innerhalb der Generationen.

3. POLITISCHE MASSNAHMEN, DIE NOTWENDIG SIND, UM SOLCHE GEFAHREN ABZUWEHREN BZW. DIE CHANCEN ZU NUTZEN UNI) SOMIT DIE S0NUARrFÄT ZWISCHEN DEN GENERATIONEN ZU FÖRDERN

Welche politischen Maßnahmen würde Ihre Organisation empfehlen, um die Solidarität zwischen den Generationen zu erhalten oder zu fördern? Weiche Hindernisse stehen der Durchführung dieser Maßnahmen im Wege; insbesondere, herrscht ein Mangel an Sensibilität und gibt es

Widerstand gegen Veränderungen?

Eine zentrale Frage ist: wie kann ein gerechter Lastenausgleich für die mittlere und jüngere Generation ohne spürbare Belastungen für die ältere Generation organisiert werden? Die aktuellen finanzwirtschaftlichen und ökonomischen Schwierigkeiten und Unsicherheiten verstärken die Widerstände sich diesen politischen Fragen zu stellen. Da es nicht leicht ist, den Begriff der „Generationengerechtigkeit“ zu fassen, brauchen wir mehr objektive, wissenschaftliche Analysen, beispielsweise nach dem Muster der vorliegenden Generationenbilanzen. Eine Generationenberichterstattung oder Monitoring könnte die umfangreiche Thematik aufarbeiten und notwendige Entscheidungen vorbereiten helfen. Hierzu sind entsprechende politische Maßnahmen zu ergreifen.

Neben der Neubestimmung der Generationengerechtigkeit sind allerdings auch konkrete Maßnahmen zur Stärkung der Solidarität zwischen den Generationen erforderlich - und zum Teil bereits in Gang gekommen:

1. Familien müssen gestärkt werden.

2. Ein neues Miteinander im sozialen Nahraum soll entstehen.

Zu 1. Unterstützung und Stärkung der solidaritätsstiftenden Potentiale innerhalb der Familien

Familien müssen in der Realisierung dieser unmittelbaren Form von Generationensolidarität selbst ausreichend Unterstützung finden. Sie brauchen Unterstützung und Entlastung bei dieser anspruchsvollen und oftmals belastenden Tätigkeit. Sie brauchen zeitliche Ressourcen, wenn sie Betreuungs- und Pflegeaufgaben übernehmen und eine entsprechende materielle Absicherung, um sich dies auch leisten zu können.

Zu 2. Unterstützung des Aufbaus neuer Netzwerke zwischen den Generationen im sozialen Nahraum

Die Potenziale familiärer Netzwerke gehen zurück. Dies ist u. a. bedingt durch den lange andauernden Geburtenrückgang, veränderte Familienbiografien sowie durch die Flexibilitäts- und Mobilitätsanforderungen des Arbeitsmarktes. Daher ist es nötig, Gemeinschaftsformen zu entwickeln, die die Familien einerseits stützen und entlasten und andererseits ergänzen. Dazu bedarf es neuer familienähnlicher Solidaritätsformen. Ein neues Miteinanderleben der Generationen im sozialen Nahraum kann durch Gemeinschaftserleben und durch organisierte Austauschprozesse gefördert werden. Wichtig ist die

Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten, wie sie beispielsweise in Mehrgenerationenhäusern und Familienzentren von vielfältigen Trägern angeboten werden. Genauso wertvoll ist das Engagement von Jugendlichen in Altenbegegnungsstätten oder von Senioren in Familienpatenschaften oder in Ganztagsschulen. Förderlich ist es ebenfalls, wenn die sogenannten „rüstigen Alten“ die Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen in Form von Patenschaften oder im Rahmen von Mentoringprogrammen unterstützen. Die Kommunen und die gesellschaftlichen Gruppen im Gemeinwesen haben das Engagement in den schon vorhandenen Strukturen zu fördern. Neue Tätigkeiten in Selbstorganisation älterer Bürgerinnen und Bürger sind anzuregen. So werden erweiterte Gestaltungsspielräume innerhalb ihrer Institutionen und Organisationen geschaffen. Ältere Menschen erwarten mit Recht, dass sie in die Entscheidungsfindung bei Trägern und Kommunen einbezogen werden und in Gremien und Räten vertreten sind. Die vielfältigen Verfahren der Bürgerbeteiligung sind attraktiv zu gestalten. Damit ältere Menschen mitgestalten und mitentscheiden können, brauchen sie Informationen, Transparenz sowie offene Kommunikationsstrukturen, die dialogorientiert, bürgernah und barrierefrei sind. Es sind Rahmenbedingungen zu schaffen, damit allen Menschen unabhängig vom Bildungs- und Einkommensstand, von Geschlecht und der ethnischen Herkunft Teilhabe ermöglicht wird. Besonders im Blick müssen die älteren Migrantinnen und Migranten und sozial Benachteiligte sein. Neue Formen der Förderung des nicht-beruflichen Unterstützungssystems und des Zugangs zum Ehrenamt sind zu finden und zu unterstützen. Mitgestalten und Mitentscheiden bedürfen der partnerschaftlichen Zusammenarbeit der Menschen, die sich im nicht-beruflichen Hilfe- und Unterstützungssystem engagieren, und den beruflich Tätigen bei Trägern, Institutionen und kommunalen

Verwaltungen. Weiterbildungsangebote, durch die auch beruflich Tätige die Kompetenz erwerben, mit dem nicht-beruflichen Hilfesystem zusammen zu arbeiten, sind dringend erforderlich. Die Qualifizierung von nicht-beruflich Engagierten erhöht ihre Wirkungsmöglichkeiten und ist eine Form gesellschaftlicher Anerkennung. Die Kommunen haben in der Förderung von aktiver Teilhabe, von Mitgestalten und Mitentscheiden der Bürgerinnen und Bürger im Gemeinwesen eine besondere Aufgabe zu sehen. Bürgerschaftliches Engagement und die Förderung des nicht-beruflichen Hilfe- und Unterstützungssystems ist in der Kommune als Querschnittsaufgabe zu verstehen.

Notwendig ist auch die Aufhebung gegeneinander abgeschotteter Versorgungssysteme für unterschiedliche Lebensalter. Die Definition - wer braucht in dieser Gesellschaft Hilfe und Unterstützung - muss in erster Linie von Lebenssituationen ausgehen und damit auch zu anderen Antworten als bisher führen. Dies hat zwangsläufig eine Verunsicherung der Träger von Einrichtungen und Diensten zur Folge, die bei einer Umsteuerung ihres Angebotes nicht nur Forderungen, sondern auch Unterstützungen erleben müssen.

4. ROLLE DER EU IN BEZUG AUF DIE FÖRDERUNG DER RICHTIGEN POLITISCHEN MASSNAHMEN

Sollte die EU eine besondere Rolle in Bezug auf die Solidarität

zwischen den Generationen spielen? Welche Maßnahmen könnten neben den bestehenden EU-Politiken auf EU-Ebene ergriffen werden? Insbesondere, stellt ein Europäisches Jahr ein geeignetes Instrument dar?

Da viele EU-Staaten ähnliche Entwicklungen erleben, macht es Sinn, gemeinsam

Maßnahmen zu bedenken. Möglicherweise kann dies ein Europäisches Jahr - mit einem Titel, wie beispielsweise “Generationengerechtigkeit“, “Ressource Alter“ … sein.

5. THEMEN LIND AKTIVITÄTEN FÜR EIN EUROPÄISCHES JAHR

Welche Themen und Arten von Maßnahmen sollten angesichts der für ein Europäisches Jahr zur Verfügung stehenden begrenzten Mittel im Mittelpunkt stehen? Wie können möglichst viele Akteure auf allen Ebene (EU, nationale, regionale und örtliche Ebene, Firmenebene, Branche) zur Teilnahme an den Maßnahmen des Europäischen Jahres bewegt werden, um die bestmögliche Wirkung zu erzielen?

Ein breiter gesellschaftlicher Diskurs zur Vorbereitung und Unterstützung zukünftig

notwendiger politischer Entscheidungen und Maßnahmen ist sowohl innerhalb der

Mitgliedsstaaten als auch auf europäischer Ebene zu initiieren, um eine höhere

Sensibilisierung und Motivation herzustellen, die notwendigen Aufgaben anzugehen.

Dazu sind u. E. folgende Schritte notwendig:

- Reflexion der Auswirkungen des demografischen Wandels auf alle Bereiche der europäischen Gesellschaften. Hilfreich dazu wäre eine fundierte Vergleichsstudie der sozialen Sicherungssysteme in Europa hinsichtlich der Art und des Verhältnisses der Absicherung von kindheits- und altersbezogenen Unterhaltsleistungen und Unterstützungsbedarfen in den Mitgliedsstaaten, da dies einen zentralen Bestandteil der Generationengerechtigkeitsfrage darstellt.

- (Wieder-)Herstellung der Generationengerechtigkeit angesichts der demografischen Veränderungen.

- Stärkung der solidaritätsstiftenden Potentiale zwischen den Generationen innerhalb der Familien z. B. durch den Aufbau von

familienergänzenden Netzwerken zwischen den Generationen im sozialen Nahraum. Hilfreich wäre dazu die Nutzung der Methode der offenen Koordinierung, welche Initiativen die Mitgliedsstaaten verfolgen, um familienergänzende Netzwerke im sozialen Nahraum zu initiieren.

- Daneben sind (Neue) Formen des Zusammenwirkens zwischen dem beruflichen und nicht-beruflichen Hilfe- und Unterstützungssystem und zwischen etablierten Verbänden und der Selbstorganisation anzuregen, zu fördern und zu unterstützen. In den vergangenen Jahrzehnten wurde in Deutschland das professionelle Berufs-, Experten- und Spezialistensystem entwickelt und ausdifferenziert, um den Bedarf an sozialen Hilfen zu decken. Es gab jedoch immer auch die nicht-beruflichen solidarischen Hilfeformen, die zwischen der individuellen Selbsthilfe der einzelnen Person und den großen institutionellen öffentlichen, staatlichen und beruflich organisierten Hilfesystemen stehen. Sie umfassen Hilfen in Familien, die Nachbarschaftshilfen, die Selbsthilfegruppen auf örtlicher Ebene in informellen und formellen Strukturen ebenso wie ehrenamtliche Hilfen und Freiwilligenarbeit.

Diese beiden Systeme zusammenzubringen bedeutet: Auch Dienste oder Einrichtungen werden ein Teil des Gemeinwesens. Aus „Bewohnern“ eines Pflegeheims werden Bürger(innen) des Quartiers, des Dorfes, der Stadt, des Landkreises. Aus „Ehrenamtlichen“ werden Bürger(innen), die eine (Teil-)Verantwortung für ihre Mitbürger(innen) übernehmen und das berufliche Hilfesystem dazu nutzen, für diese Aufgabe unterstützt zu

werden. Diesen Prozess zu gestalten und zu unterstützen sowie einen gesellschaftlichen Diskurs darüber anzuregen, ist eine Aufgabe der Zukunft.

- Reflexion des Altersbildes und der Diskussion der mit dem Älterwerden teilweise verbundenen negativen Anschauungen in den einzelnen europäischen Ländern. Der 6. Altenbericht in Deutschland zum Thema „Altersbilder“ wird 2010 erscheinen und noch mal sehr deutlich auf die negativ geprägten Altersbilder hinweisen und vermutlich ein ganzes Bündel von gegensteuernden Maßnahmen empfehlen.

- Die Empfehlungen des 5. Altenberichts der Bundesregierung von 2006 „Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft“ in einer europäischen Perspektive.

6. DER BEITRAG IHRER ORGANISATION ZU EINEM EUROPÄISCHEN JAHR

Wie könnte Ihre Organisation zum Erfolg eines Europäischen Jahres beitragen? Welche Aktivitäten könnte sie entwickeln?

Die Verbände können beitragen mit:

- Kommunikativen Beiträgen, die sich niederschlagen in Publikationen,

- Durchführung von Tagungen, öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen,

- konkreten Modellmaßnahmen, die zu entwickeln und durchzuführen sind.

7. WELCHE UNTERSTÜTZUNG WÜRDE IHRE ORGANISATION BENÖTIGEN, UM EINE BEDEUTENDE ROLLE IN EINEM EUROPÄISCHEN JAHR ZU SPIELEN?

Erklären Sie bitte, welche Unterstützung Ihre Organisation ton öffentlichen Stellen benötigen würde, um einen bedeutenden Beitrag zum Erfolg eines Europäischen Jahres leisten zu können.

Die unter Punkt 5. und 6. aufgeführten Beiträge und Aktivitäten benötigen eine Finanzierung zur Sicherstellung der Planung und Durchführung.

Dateien

_EU_Jahr_d_Alterns_FA_09-07-31.pdf 34 KB

Zum Seitenanfang